



www.gruene-friedensinitiative.de

Frequently Asked Questions

! Überarbeitete Fassung 25.08.2008 !

Zum Thema Afghanistan-Krieg im Vorfeld der Bundestags-Abstimmungen zur weiteren Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents 2008

Wie in jedem Jahr entscheidet auch in diesem Jahr der Bundestag über die weitere Beteiligung am Afghanistan-Krieg. Wieder ist mit der Mandatsverlängerung eine Verstärkung des deutschen Militäreinsatzes verbunden; wurde im letzten Jahr der Einsatz von Tornadoflugzeugen beschlossen, und zugleich die Zahl der eingesetzten Soldaten auf 3.500 erhöht, sollen es in diesem Jahr 4.500 Soldaten werden. Darüber hinaus hat die NATO AWACS-Flugzeuge angefordert, deren Besatzungen zu einem großen Teil von der Bundeswehr gestellt werden.

Gleichzeitig hat sich der Krieg in Afghanistan verschärft. Die Aufständischen kontrollieren viele Gebiete und sind inzwischen offenbar in der Lage, Gefangene aus Gefängnissen zu befreien und sogar Anschläge in Kabul zu verüben; z.B. wurde im April 2008 ein „spektakulärer Angriff“ⁱⁱ auf eine von Karzai abgenommene Militärparade unternommen. Die NATO hat immer mehr Verluste zu verzeichnen: bis Mitte August waren es 183ⁱⁱⁱ; 2007 hatte die NATO insgesamt 232 tote SoldatInnen zu beklagen^{iv}. Rechnet man die Zahlen für 2008 aufs Gesamtjahr hoch, droht ein neuer „Rekord“, eine weitere Steigerung von ca. 25%!

Gegenüber 2007 hat sich die Lage keinen Deut verbessert, im Gegenteil. Der Krieg intensiviert sich und fordert immer mehr zivile Opfer; in den ersten 7 Monaten 2008 etwa 1.000, davon 260 allein im Juli!^v, im August wurden allein durch einen OEF-Angriff 89 getötet^{vi}. Am 20.8.08 titelte die taz: „Afghanistan gerät zunehmend außer Kontrolle“. Insbesondere in Südafghanistan wird die Lage für die NATO immer prekärer: z.B. können nach einem Bericht der nichtstaatlichen Politik- und Sicherheitsagentur ‚Senslis Council‘ „die britischen und kanadischen Truppen... den Verkehr zwischen ihren Stationierungsorten nicht mehr auf der Straße, sondern bloß noch per Hubschrauber abwickeln, weil die Taliban die Verbindungsrouten“ kontrollieren^{vii}. Aber nicht viel anders ist die Lage in der Region um die Hauptstadt Kabul: „Beobachter berichteten, dass inzwischen fast alle Verbindungsstraßen von und nach Kabul aus Sicherheitsgründen unpassierbar sind.“^{viii}

Die GRÜNEN hatten 2007 eigens einen Sonderparteitag abgehalten. Da der Beschluss die Kriegskomponenten „Operation Enduring Freedom“ und „ISAF-Tornados“ ablehnte, wurde er öffentlich als Abkehr der GRÜNEN vom Afghanistan-Krieg wahrgenommen. Dabei wurde übersehen, dass er bedauerlicherweise eine prinzipielle Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan enthält. Entsprechend wird festgestellt, „dass ein schneller Rückzug der Bundeswehr die bisher vergleichsweise stabilen Regionen im Norden Afghanistan ins Chaos zurückfallen lassen würde. Der begonnene zivile Aufbau muss auch zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Wir dürfen, obwohl wir 2001 in diesen Konflikt

gezwungen wurden, uns heute nicht ohne Weiteres zurückziehen. Wir sind damals eine Verantwortung für die Menschen in Afghanistan eingegangen, zu der wir stehen müssen. So lange zum Aufbau von Polizei und Infrastrukturen noch eine militärische Absicherung erforderlich ist und so lange diese nicht vom afghanischen Militär bzw. der afghanischen Polizei gewährleistet werden kann, so lange ist der Abzug der deutscher Bundeswehreinheiten nicht vertretbar.“ix

Einmal mehr forderte der GRÜNE Parteitag 2007 einen „Strategiewechsel“ ein, für den „das Zeitfenster ... nicht unbegrenzt“ sei. Gleichzeitig bezog man sich auf einen „auf fünf Jahre angelegten Befriedungs- und Disengagement-Plan“, so dass der NATO-Einsatz also keineswegs kurzfristig beendet werden sollte.

Dieser insbesondere von den GRÜNEN verlangte Strategiewechsel ist seit Jahren und natürlich auch 2007/08 nicht erfolgt. Wir hoffen, dass im Herbst 2008 die UnterstützerInnen des Strategiewechsels das „nicht unbegrenzte“ Zeitfenster endlich für geschlossen erklären, die Forderung der Vorjahre nach einem Strategiewechsel ad acta legen und in das Lager der GegnerInnen des Afghanistan-Kriegs überwechseln.

Um diesen Prozess zu befördern, haben wir uns entschlossen, die Argumente gegen den Afghanistan-Krieg aktuell zusammenzutragen und unsere 2007 erstmalig veröffentlichten „Frequently Asked Questions“ in aktualisierter Neuauflage heraus zu geben.

Frage1:

Die GRÜNEN hatten auf ihrem Kölner Parteitag 2006 beschlossen: „Das UN-Mandat für OEF rechtfertigt den Einsatz von Gewalt nur, um die Verantwortlichen, die Täter und Hintermänner der Anschläge vom 11.9.2001 in New York und Washington der Gerechtigkeit zuzuführen (bring to justice).“ Welche völkerrechtliche Grundlage gibt es für die Operation Enduring Freedom denn genau?

Es gibt überhaupt kein UN-Mandat für OEF. Die USA und ihre Verbündeten haben sich selbst mandatiert.

Die Regierungen der NATO-Länder sagen: Die USA sind am 11.9.2001 angegriffen worden. Deswegen können sie laut UN-Charta Artikel 51 das Selbstverteidigungsrecht in Anspruch nehmen. Das habe der UN-Sicherheitsrat auch anerkannt. Mit dem von der NATO ausgerufene Bündnisfall wird aus der *individuellen* Selbstverteidigung der USA eine *kollektive*. Also sei völkerrechtlich alles im Lot.

So ist jedoch nicht: Am 12.9.2001 hat der UN-Sicherheitsrat die Staaten aufgefordert, „dringend zusammenzuarbeiten, um die Täter, Drahtzieher und Förderer dieser terroristischen Anschläge vor Gericht zu bringen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern helfen, sie unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, zur Rechenschaft gezogen werden.“ (Resolution 1368 (2001)) In der Tat hat er gleichzeitig das Recht auf Selbstverteidigung anerkannt. Dieses gilt jedoch laut UN-Charta Art. 51 nur solange „bis der Sicherheitsrat die zur *Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat*.“ Das ist jedoch am 28.9.2001 geschehen, indem der Sicherheitsrat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedete, in dem kein Militärschlag vorkommt (Resolution 1373 (2001)). Damit war das Recht auf Selbstverteidigung völkerrechtlich „erloschen“, bevor die USA und ihre Verbündeten im Oktober 2001 in Afghanistan einmarschierten.

Dem OEF-Einsatz fehlte also von der ersten Stunde an die völkerrechtliche Legitimation. Denn der UN-Sicherheitsrat hat kein Mandat für den Krieg gegen Afghanistan erteilt.

Frage 2:

Welche völkerrechtliche Grundlage hat ISAF?

Er basiert auf einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta, also einem Mandat für einen Kampfeinsatz. Es handelt sich also nicht um einen friedenserhaltenden Blauhelmeinsatz. Begründung

war und ist, dass „die Situation in Afghanistan eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ darstelle. Zu Beginn war der ISAF-Einsatz auf Kabul beschränkt, spätere UN-Mandate weiteten ihn auf ganz Afghanistan aus.

Inzwischen ist am Fall der Soldatin Ernst-Zettl allerdings bekannt geworden, dass die Bundeswehr bei der Durchführung des Einsatzes gegen die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts verstößt, indem Sanitätssoldaten sogar am Maschinengewehr als Kämpfer eingesetzt werden, nachdem ihnen zuvor das Ablegen der Rot-Kreuz-Armbinden befohlen worden war.^x

Frage 3:

Welche völkerrechtliche Grundlage hat der Tornado-Einsatz?

Der Tornado-Einsatz ist Teil von ISAF, das auf einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta, also einem Mandat für einen Kampfeinsatz, beruht.

Die ISAF-Truppen sind ermächtigt, „alle zur Erfüllung ihres Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“^{xi}. Insofern ist auch der Tornado-Einsatz vom Beschluss von einem UN-Mandat gedeckt. Nicht nur der Bundestag, auch den UN-Sicherheitsrat trifft eben gelegentlich einen *Vorratsbeschluss*.

Frage 4

Seit Juli 2008 hat die Bundeswehr im Norden die norwegische schnelle Eingreiftruppe abgelöst. Dazu ist weder das Bundeswehr-Mandat, noch das UN-Mandat geändert worden. Wie ist das zu erklären?

Die schnelle Eingreiftruppe beruht auf einem Kapitel-VII-Mandat des UN-Sicherheitsrates. Der gesamte ISAF-Einsatz ist juristisch nie eine friedenserhaltende Maßnahme gewesen, sondern ein Kampfeinsatz. Also gibt es eine völkerrechtliche Legitimation.

Im Bundestagsbeschluss von 2007 ist lediglich eine personelle Obergrenze für den gesamten ISAF-Einsatz festgelegt worden (3.500 SoldatInnen). Wie der Kampfeinsatz in den nächsten 12 Monaten im Einzelnen organisiert würde, haben die Abgeordneten nicht fixiert. Insofern handelt es sich um einen Vorratsbeschluss: Der Bundeswehr-Einsatz kann jederzeit um neue qualitative Komponenten erweitert werden, ohne dass der Bundestag befasst werden müsste. Da die Kosten für die schnelle Eingreiftruppe das im 2007er Beschluss vorgesehene Budget von 487 Mio. übersteigen dürften, bleibt als Handlungsbedarf für den Bundestag nur ein kleiner Nachtragshaushalt, sofern sich die Summe nicht problemlos anderswo hinbuchen lässt.

Frage 5

Inzwischen hat die NATO auch AWACS Flugzeuge für den Afghanistan-Krieg angefordert. Welche völkerrechtliche Grundlage gibt es denn dafür? Und was ist die Aufgabe dieser Flugzeuge?

Da die NATO die AWACS Flugzeuge angefordert hat, kann man davon ausgehen, dass diese ebenfalls in das ISAF-Mandat eingebunden werden. NATO, Bundesregierung und Bundestagsmehrheit werden klarstellen, dass diese Maßnahme notwendig ist „zur Erfüllung ihres Mandats“. Insofern ist hier die völkerrechtliche Legitimation genauso wie beim Tornado-Einsatz.

Natürlich sollen die AWACS die NATO-Kriegsführung optimieren, schließlich sind sie nicht vom Roten Kreuz angefordert worden.

Technisch können die AWACS den Luftraum bis zu 500 km tief überwachen. Sie sollen in Afghanistan die Luftbewegungen der verschiedenen Flugzeuge koordinieren, die von den diversen Militärkräften eingesetzt werden. Daraus ergibt sich, „dass die Awacs auf keinen Fall nur für Isaf da sein könnten. Die Sache würde nur dann Sinn ergeben, wenn wirklich alle Flugbewegungen erfasst, koordiniert und unterstützt würden: OEF-Flüge ebenso wie gelegentliche Flüge amerikanischer Spezialkräfte, die direkt von der Heimat aus kommandiert werden und von denen am Hindukusch kaum jemand vorher informiert wird.“ Zwar würden die AWACS bei Luftangriffen nicht direkt die Ziele zuweisen. „Dennoch wären Awacs an solchen Angriffen beteiligt, indem sie den Kampfflugzeugen die ‚Box freiräumen‘; unter Umständen vielleicht auch, indem sie als Relaisstation dienen, wenn die Bodentruppen (das

sind diejenigen, die häufig die Kampfflugzeuge anfordern, die Autoren) wegen der geographischen Bedingungen keinen eigenen direkten Funkkontakt haben.^{xxii}

Frage 6:

Wie viele deutsche Soldaten sind denn eigentlich in Afghanistan eingesetzt?

2006 erlaubte das ISAF-Basismandat die Stationierung von 3.000 SoldatInnen. Hinzu kam das ISAF-Tornado-Mandat für die Stationierung von weiteren 500 SoldatInnen. Da für das Tornado-Mandat real nur 200 SoldatInnen benötigt wurden, genügte im Herbst 2007 noch die Zusammenfassung beider Mandate, um weitere 300 SoldatInnen nach Afghanistan schicken zu können, ohne dass die Gesamt-Obergrenze heraufgesetzt würde.

Seit Juli 2008 hat die Bundeswehr als Zusatzaufgabe die schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) für den Norden selbst übernommen. Diese hat eine Truppenstärke von 240.

Auch deswegen soll im Herbst 2008 die Obergrenze auf 4500 Soldaten erhöht werden, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um stolze 28%!

Inwieweit die Bundeswehr-Soldaten, die für die AWAS benötigt werden, auf das ISAF-Bundeswehr-Kontingent angerechnet werden, ist zur Zeit noch unklar.

Für OEF können laut Mandat weitere 100 SoldatInnen eingesetzt werden. Zur Zeit sollen auf dieser Grundlage allerdings gar keine Soldaten in Afghanistan sein.

Insgesamt können ab Herbst 2008 voraussichtlich 4.600 Bundeswehr-SoldatInnen in Afghanistan eingesetzt werden.

Dass im nächsten Jahr weitere deutsche SoldatInnen gefragt sein könnten, hat der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat, Barak Obama, in einem CNN-Interview angedeutet: „Wenn wir mehr Nato-Truppen in Afghanistan haben, bedeutet das langfristig weniger amerikanische Truppen dort. Das wiederum bedeutet, dass wir Milliarden Dollar sparen, mit denen wir Steuersenkungen für Mittelklassefamilien finanzieren können, die unter den gestiegenen Benzinpreisen leiden.“^{xxiii} An anderer Stelle hatte er sich allerdings für eine Verlegung der Irak-Besatzungstruppen nach Afghanistan ausgesprochen, so dass es Perspektive eher eine Verstärkung der europäischen *und* der US-amerikanischen Verbände in Afghanistan sein dürfte.

Frage 7

Wieviel Geld kostet der Afghanistan-Krieg die deutschen SteuerzahlerInnen?

„Nach Angaben der Vorsitzenden des Bundestags-Verteidigungsausschusses, der SPD-Politikerin Ulrike Merten, hat Deutschland für seinen Militäreinsatz in Afghanistan bislang mehr als 2,6 Milliarden Euro ausgegeben. Diese Summe ergebe sich, wenn man die veranschlagten Kostenrechnungen jeder Mandatsverlängerung zusammenrechne, sagte Merten laut einem Bericht der "Thüringer Allgemeinen". Für das laufende Planjahr betragen die Kosten 487 Millionen Euro.“^{xiv} Da die Bundeswehr seit Juli 2008 auch die schnelle Eingreiftruppe im Norden übernommen hat, die zusätzliche Bewaffnung erfordert, werden sich im 2.Halbjahr 08 die Kosten weiter erhöhen. Außerdem ist ab Oktober eine weitere Truppenaufstockung um 28% geplant, so dass mit Sicherheit die deutschen SteuerzahlerInnen im Jahr 2008 über 500 Mio. € für den Afghanistan-Krieg zahlen werden. Die Aussicht für 2009 ist eine weitere Kostensteigerung, da die bisher bekannten Truppenaufstockungen dann erst für das ganze Haushaltsjahr wirksam werden.

Frage 8:

Seit 2001 sind Soldaten aus den NATO-Ländern in Afghanistan im Einsatz. Wie viele sind es denn eigentlich?

Die NATO-geführte „ISAF“ (Internationale Schutztruppe Afghanistan) umfasst nach NATO-Angaben 52.700 SoldatInnen (Stand 12.6.2008)^{xv}. Mit den OEF-Streitkräften stehen ca. 63.000 westliche Soldaten in Afghanistan; bisweilen ist sogar von 70.000 die Rede^{xvi}. Die USA stellen mit 32.500 fast

die Hälfte. Vor 6 Jahren (2002) waren lediglich 12.000 Soldaten im Land, davon 8.000 unter OEF-Flagge und 4.000 unter ISAF. Die Zahl der Soldaten hat sich also seitdem mehr als verfünffacht!

Die weitere Aufstockung der NATO-Truppen wird von Militär und Politik gefordert:

"Wir haben zu wenige Kräfte und nicht die beste Ausstattung", sagte Kasdorf in Kabul. Einige tausend zusätzliche Soldaten könnten einen großen Unterschied machen. Die Isaf habe schon jetzt zu wenige Truppen und sei auf jede Unterstützung angewiesen, sagte er. "Da sind 40.000 Soldaten in der Tat ganz eng genäht", kommentierte Kasdorf die derzeitige Isaf-Stärke. Der General sagte, gemessen am Kosovo-Einsatz müssten in Afghanistan 800.000 Soldaten stationiert werden. Die Nato-Truppe könne zwar militärisch nicht von den radikal-islamischen Taliban besiegt werden. Ohne zusätzliche Truppen werde der Einsatz aber länger dauern.^{xvii}

Etwas bescheidener gibt sich der ISAF-Kommandeur, der US-General McNeill: Auf die Frage, wie viele Soldaten er bräuchte, um in Afghanistan die Aufständischen in den Griff zu bekommen, antwortete er bei einer Sicherheitskonferenz im November 2007 in Washington: „Nach den Regeln der Counter-Insurgency-Doktrin brauche ich dafür mindestens 400.000 Mann.“^{xviii}

Auch innerhalb der GRÜNEN gibt es immer wieder Stimmen, die mehr SoldatInnen für Afghanistan ins Auge fassen: „Diese Chance jetzt zu ergreifen bedeutet dann aber in der Konsequenz auch, dass eine vorübergehende personelle Aufstockung von ISAF notwendig ist und zukünftig alle SoldatInnen je nach Notwendigkeit im ganzen Land ohne Beschränkungen zum Einsatz kommen.“ (Angelika Beer, MdEP)^{xix}

Der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat, Obama, verkündete im Juli 2008 den Plan, 2 Kampfbrigaden aus dem Irak nach Afghanistan zu verlegen. Das wären weitere 10.000 US-SoldatInnen.^{xx} Das ist exakt die Zahl, die die US-Kommandeure in Afghanistan vor ein paar Monaten gefordert hatten, ohne freilich eine Reduzierung im Irak das Wort zu reden^{xxi}.

Nimmt man die absehbaren Verstärkungen der anderen Truppensteller-Länder hinzu (z.B. 1.000 weitere SoldatInnen aus Deutschland), ist in **2009** mit annähernd **80.000** SoldatInnen in Afghanistan zu rechnen! Geht es mit den Steigerungsraten weiter, sind es **2011 über 100.000** – so viele, wie die Sowjetunion in den 80er Jahren in Afghanistan im Einsatz hatte.

Frage 9: Was haben OEF und ISAF miteinander zu tun?

Ursprünglich wurde ISAF nur zur Sicherung Kabuls und damit des Schutzes der Regierung Karsai eingesetzt. Es bestand eine faktische Arbeitsteilung zwischen den militärisch operierenden US-Truppen und ihren Verbündeten, wie etwa Britannien, die im Rahmen von OEF den „Krieg gegen den Terror“ führten und den im Rahmen von ISAF eingesetzten Militärverbänden verschiedener Staaten, die in erster Linie absichernd tätig waren. Dennoch waren die beiden Operationen zu keinem Zeitpunkt organisatorisch strikt getrennt.

Die anfängliche institutionelle und räumliche Abgrenzung gibt es heute nicht mehr. Seit 2003 steht ISAF unter Führung der NATO. Seit Oktober 2006 erstreckt sich das Einsatzgebiet von ISAF unter NATO-Führung auf das gesamte Land. Nicht mehr nur in Kabul und Umgebung, nicht mehr nur im Norden Afghanistans, ISAF ist militärisch jetzt im gesamten Land aktiv. Faktisch sind OEF und ISAF verschmolzen. Ein Teil der US-Truppen (12.000 Soldaten), die im Rahmen von OEF Krieg gegen die Taliban geführt haben, wurde bei ISAF integriert. Im Einsatzkonzept der NATO für den ISAF-Einsatz wird die Ausweitung von ISAF auf den Osten Afghanistans als ein „Auswechseln der Wimpel der OEF-Truppen“ beschrieben^{xxii}

Auch in der Befehlsstruktur ist ISAF nicht unabhängig von OEF. Unserer GRÜNER Verteidigungspolitiker Winni Nachtwei problematisiert genau diese Verzahnung am Beispiel des Tornado-Einsatzes, bei dem er sich „eine saubere Trennung nicht vorstellen“^{xxiii} kann. Damit steht er nicht allein, die Frankfurter Allgemeine sieht es am 25.6.07 ähnlich: „... bei der Weitergabe der einmal gemachten und ins Netz gestellten Bilder scheint eine Restriktion kaum mehr möglich. Die Anti-Terror-Operationen werden von einem amerikanischen General geleitet, der zugleich Regionalkommandeur von Isaf für den Ostteil Afghanistans ist. Diese ‚Doppelhut‘-Lösung war ursprünglich vorgesehen mit

einem Offizier im Hauptquartier, nicht in einem Regionalkommando. Sie wurde ausdrücklich mit der Absicht eingeführt, die beiden Operationen besser zu koordinieren.. „Der Mann kann ja nicht eine Mauer zwischen zwei Gehirnhälften, eine Isaf, eine OEF, errichten.“

Die Niederschlagung militärischer Gruppen wie der Taliban und anderer in Afghanistan ist seit 2006 zu einer Aufgabe der ISAF geworden. Der vorher von den OEF-Truppen geführte Krieg wird nunmehr von der ISAF durchgeführt und verantwortet. „**Von der Schutztruppe zur Kampftruppe**“ beschrieb diesen Wandel des ISAF Einsatzes etwa der ARD Korrespondent Christoph Heinzle^{xxiv}. Weiter Heinzle:

„Die Truppe habe ihr Mandat neu ausgelegt, so der langjährige UN-Diplomat und heutige EU-Afghanistanbeauftragte Francesc Vendrell: "Das Mandat wurde lange als friedenserhaltend interpretiert", erklärt er. Und das, obwohl der UN-Sicherheitsrat die Isaf klar unter Kapitel 7 der UN-Charta gestellt hatte und die Isaf damit auch Frieden erzwingen dürfe. "Die Nato-Mitglieder haben erst jüngst erkannt, dass sie eine robustere Interpretation von Sicherheit für ihr Mandat brauchten", so Vendrell.“

Wie sich diese Kriegsführung durch ISAF darstellt, beschreibt ARD-Korrespondent Heinzle so:

„Klares Zeichen für den Kurswechsel war im Sommer 2006 die "Operation Medusa". Erstmals jagte die Isaf zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften aktiv Aufständische im instabilen Süden Afghanistans. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch. Im Juli hatte die Nato-geführte Isaf das Kommando im Süden von der US-geführten Anti-Terrorcoalition übernommen. Nun sollten massive Militäroperationen in klar definierten Gebieten mehr Sicherheit schaffen, um Wiederaufbau zu ermöglichen. Seitdem gibt es von der Isaf so genannte Präzisionsluftangriffe gegen Taliban-Führer, Flächenbombardements, Artilleriegefechte. Der Tod von 4000 Talibankämpfern, Zivilisten und Soldaten im vergangenen Jahr ging in der Mehrzahl auf Kämpfe mit Isaf-Beteiligung zurück^{xxv}.“

Im Rahmen der Frühjahrsoffensive 2007 der ISAF führte diese die „Operation Achilles“ durch, über die wie folgt berichtet wurde:

„Die bisher größte gemeinsame Operation von Briten, Holländern, Kanadiern, Amerikaner und Afghanen im krisengeschüttelten Land kündigte die Nato an. Insgesamt 5500 Bewaffnete seien in der Region Helmand im Süden des Landes dabei, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen, Taliban zu jagen und Drogenhändler zu vertreiben, so die Kampfparolen aus der Isaf-Zentrale. Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wurde: Es war der Start der viel beschworenen Frühjahrsoffensive.“^{xxvi}

In 2007 ist eine Abgrenzung von ISAF Kampfeinsätzen und OEF Kampfeinsätzen immer weniger möglich. Anlässlich der Kampfhandlungen im Ende April 2007 im Bezirk Shindand in der westlichen Provinz Herat, bei der 50 Zivilisten starben, berichtete der ARD Korrespondent Heinzle:

„Kaum mehr erkennbar ist mittlerweile die Trennlinie zwischen der UN-mandatierten Schutztruppe Isaf und der US-geführten Anti-Terrorcoalition. Beide stehen unter amerikanischem Befehl. Manche Offiziere und Einheiten sind gleichzeitig beiden unterstellt. Beide Truppen operieren in denselben Regionen. Und nach Zwischenfällen wie dem gestrigen Bombardement von Taliban in der südafghanischen Unruheprovinz Kandahar wollen beide nicht wissen, wessen Operation das gewesen ist. Für die Einheimischen verstärkt das die Skepsis gegenüber "den Ausländern". "Die afghanische Bevölkerung unterscheidet nicht", so UN-Sprecher McNorton, "wer diese Operationen durchführt, wie einige von uns internationalen Kräften das tun.“^{xxvii}

Selbst der Provinz-Gouverneur konnte nicht sagen, ob der Angriff von NATO-Truppen oder von Truppen der US-geführten Koalition geflogen wurde.^{xxviii}

Zu dem gerade in deutschen Medien und Politikkreisen weit verbreiteten Märchen, dass OEF-Einsätze mit der ISAF nichts zu tun hätten und diese bei ihrer Arbeit behindern würden, stellte der deutsche ISAF-General Kasdorf Anfang 2008 klar: „Es gibt den militärischen Grundsatz, dass in einem Raum möglichst einer führen sollte. Wir ... haben eine ganz gute Organisation hinbekommen, wie wir zusammenwirken. OEF hat anerkannt, dass der Raum hier der Isaf gehört. Isaf macht die Vorgaben. Das hat die Konsequenz, dass von OEF nichts gemacht wird ohne unsere Zustimmung.“^{xxix}

Frage 10:

Wie sind die ISAF-Truppen, insbesondere die Bundeswehr, eigentlich bewaffnet, nur zum Selbstschutz oder verfügen die Truppen auch über Offensivwaffen?

Die ISAF-Truppen verfügen über modernste Offensivwaffen und sind den Aufständischen militärtechnisch haushoch überlegen. Deswegen stellen diese sich natürlich nicht offenen Feldschlachten, sondern wenden lieber Guerilla-Taktiken an und verüben Selbstmordanschläge.

Die von den NATO-Truppen eingesetzten Waffen nehmen zivile Opfer billigend in Kauf, nicht nur bei ihren Luftangriffen. Karzai beschwerte sich im Juni 2007: „Man bekämpft keine Terroristen, indem man eine Kanone aus 37 Kilometer Entfernung auf ein Ziel abfeuert. Da muss es einfach zivile Opfer geben.“^{xxx} Über die eingesetzte Panzerhaubitze 2000 berichtet der deutsche Hersteller Krauss-Maffei Wegmann auf seiner Website stolz: „Operation ‚Medusa‘ in Afghanistan 07.11.2006 ... 185 Exemplare der Panzerhaubitze 2000 (PzH 2000) leisten in den deutschen Streitkräften ihren Dienst. Zuverlässig als hochpräzises Kampfunterstützungssystem. Im September bestand die PzH 2000 ihren ersten scharfen Kampfeinsatz – allerdings im Dienst der niederländischen Streitkräfte während einer ISAF-Mission im Süden Afghanistans... Im Verbund mit ca. 2000 afghanischen ANA- und ISAF-Soldaten leisteten die niederländischen Artilleristen über 30 Kilometer weit reichende Feuerunterstützung bei Gefechten gegen Taliban-Rückzugsgebiete...“^{xxxi}

Die schnelle Eingreiftruppe, die die Bundeswehr seit Juli 2008 stellt, ist nicht nur mit „Maschinengewehren, Raketenwerfern und Mörsergranaten“^{xxii} ausgestattet, sondern verfügt auch über Schützenpanzer des Typs Marder mit entsprechender Offensivbewaffnung sowie modernste „Kampfausstattung neuester Technologie“^{xxiii} für den Infanteristen.

Frage 11:

Warum gibt es in Deutschland eigentlich verschiedene Mandate für den Afghanistan-Einsatz?

Das hat einmal historische Gründe: ISAF war ursprünglich auf Kabul begrenzt und wurde erst mit der Zeit auf ganz Afghanistan ausgeweitet. 2005 wollte die US-Regierung die beiden Mandate ISAF und OEF zusammenlegen, konnte jedoch wichtige europäische Regierungen (auch die deutsche) nicht davon überzeugen. Inzwischen sind auch zahlreiche GRÜNE Europa- und Bundestagsabgeordnete auf die US-Position eingeschwenkt.

Dass für den Tornado-Einsatz in Deutschland zwischenzeitlich ein drittes Mandat entstand, liegt daran, dass die Bundesregierung für diesen militärischen Eskalationsschritt eine erneute politische Unterstützung des Bundestags bevorzugte, um weitere 500 Soldaten in Afghanistan stationieren zu können. Anderenfalls hätten mehrere hundert der ISAF-Basisoldaten abgezogen werden müssen, um die Gesamtgrenze von damals maximal 3000 Soldaten nicht zu überschreiten.

Ob der Tornado-Beschluss des Bundestages vom Frühjahr 2007 juristisch überhaupt erforderlich war, ist umstritten.

Da ISAF-Basis-Mandat und ISAF-Tornado-Mandat zum ISAF-Gesamtauftrag gehören, war nur konsequent, dass die Bundesregierung im Herbst 2007 beide Mandate zusammenband. Damit war eigentlich auch die Rosinenpickerei vieler GRÜNER ein Ende bereitet, die nur positive Aspekte von ISAF heraushoben, aber sich von den brutalen Kriegshandlungen absetzen wollten. Seit Herbst 2007 muss sich jedeR Abgeordnete entscheiden: Entweder stimmt sie / er im Bundestag für das gesamte ISAF-Militärpaket und übernimmt damit ohne wenn und aber Verantwortung für den ISAF-Gesamteinsatz in ganz Afghanistan. Oder er / sie stimmt dagegen und votiert damit für einen kurzfristigen Abzug der ISAF-Bundeswehreinheiten aus Afghanistan.

Frage 12:

Dürfen die ISAF-Soldaten der Bundeswehr eigentlich im Süden Afghanistans eingesetzt werden?

Ja, das ist möglich. Die Beschlusslage des Bundestages sieht seit 2005 so aus: „Deutsche Streitkräfte werden in den ISAF-Regionen Kabul und Nord eingesetzt. Darüber hinaus können sie in der ISAF-

Region West sowie im Zuge der weiteren ISAF-Ausdehnung in anderen Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden, sofern diese Unterstützungsmaßnahmen zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind^{xxxiv} Es handelt sich um einen gummiartigen Vorratsbeschluss, der formal den Einsatz von Bundeswehrtruppen jeder Art im Süden ermöglicht. Denn eine konkrete Begrenzung hinsichtlich Zeit und Umfang wurde nicht beschlossen. Auf dieser Grundlage waren bereits im Jahre 2006 Bundeswehrsoldaten im Süden tätig. Ebenso der Tornado-Einsatz: Er findet (auch) im Süden statt. Die von der Bundeswehr seit Juli 2008 gestellte schnelle Eingreiftruppe in Masar-i-Sharif kann ebenfalls außerhalb des Nordens zum Einsatz kommen, wie der zuständige Minister Jung klarstellte: „Wenn Freunde in Not geraten, werden wir helfen. Das gilt auch für die Quick Reaction Force.“^{xxxv}

Darüber hinaus ist Deutschland auch an der Leitung des gesamten ISAF Einsatzes beteiligt und trägt auch deshalb die Mitverantwortung für den gesamten Einsatz - auch im Süden Afghanistans.

Aber die konkreten Überlegungen sind durchaus weitergehend. Für den Fall, dass Deutschland auch im Süden stärker militärisch aktiv wird, soll der Norden nicht „entblößt“ werden, sondern gibt es folgende sehr konkrete Überlegung: „Notwendig wäre ... also eine Entsendung zusätzlicher Truppen. Militärisch sinnvoll wäre es unter den gegebenen Umständen, dem ISAF-Oberbefehlshaber Truppenverbände direkt zu unterstellen, die dann in ganz Afghanistan eingesetzt werden könnten. Ein zweckmäßiger deutscher Beitrag bestünde aus einem mit ausreichenden Aufklärungs-, Führungs- und Transportmitteln ausgestatteten und zeitlich zumindest mittelfristig durchhaltefähigen Gefechtsverband der Division Spezielle Operationen (DSO). Die DSO verfügt als einzige Division des Heeres über eigene Sanitäts- und Logistikkräfte und kann somit weitgehend eigenständig und unabhängig von anderen Einheiten operieren.“^{xxxvi}

Auch innerhalb der GRÜNEN ist keineswegs Konsens, dass Bundeswehr-Truppen nicht im Süden Afghanistans eingesetzt werden sollen. Angelika Beer, MdEP, setzt sich dafür ein, dass „zukünftig alle SoldatInnen je nach Notwendigkeit im ganzen Land ohne Beschränkungen zum Einsatz kommen“^{xxxvii} können.

Joschka Fischer bezeichnete es sogar als "großen Fehler" der jetzigen Regierung, dass Deutschland sich in den vergangenen zwei Jahren gegen Forderungen von Nato-Partnern wie Kanada und den USA gesperrt hat, die Bundeswehr auch im Süden Afghanistans einzusetzen^{xxxviii}.

Frage 13:

Die Taliban haben nach ihrer Vertreibung aus Afghanistan 2001 in Pakistan neue Stützpunkte und Ausbildungslager aufgebaut. Immer wieder gibt es Meldungen, dass westliche Kampfflugzeuge von Afghanistan aus pakistanische Gebiete in Wasiristan bombardieren, um Taliban-Stellungen zu vernichten. Sind an diesen Luftangriffen außer den USA weitere NATO-Staaten beteiligt? Auf welcher völkerrechtlichen Grundlage und unter welchem Mandat finden diese Angriffe statt?

Bisher hat die pakistanische Regierung nur in Washington protestiert; der Focus berichtete im August 2007: „In der Vergangenheit hat es mehrere Angriffe auf mutmaßliche El-Qaida-Ziele in Pakistan gegeben, bei denen aber nie bestätigt wurde, dass sie von den USA ausgingen. Pakistans Präsident Musharraf hat jetzt die USA vor weiteren Militärschlägen gewarnt.“^{xxxix} Die FAZ berichtete allerdings in 2007: „Es gibt Hinweise darauf, dass die Bombardierungen mutmaßlicher Extremistenverstecke in Pakistan von der in Afghanistan stationierten Koalitionstruppe ausgeführt werden, die unter amerikanischer Führung steht.“^{xl} Damit wären die OEF-Verbände gemeint.

Die Angriffe haben nicht erst 2007 eingesetzt, sondern sind jahrelange Routine: Die Herald Tribune berichtet von Dutzenden von US-Raketenangriffen seit 2002^{xli}.

Selbstverständlich sind all diese Angriffe völkerrechtswidrig.

Karzai drohte im Juni 2008 „mit Angriffen auf Stellungen der Aufständischen im Nachbarland Pakistan... Sein Land sei ein ‚Opfer des Terrorismus‘, der auf der pakistanischen Seite der gemeinsamen Grenze seinen Ursprung habe.“^{xlii} Da „tausende Taliban-Kämpfer“ von Pakistan nach Afghanistan „entsandt“ würden, nimmt Karzai „ein Recht auf ‚Selbstverteidigung‘“ in Anspruch. Dies könnte aus Artikel 51 der UN-Charta abgeleitet werden. Da das afghanische Militär gegen die

hochgerüstete Atommacht Pakistan wenig Chancen auf einen militärischen Sieg hätte, könnte Karzai seine NATO-Verbündeten zu Hilfe rufen, um aus der individuellen Selbstverteidigung eine kollektive zu machen. Allerdings darf nur agiert werden, solange der UN-Sicherheitsrat noch nicht tätig wurde, also noch keine Maßnahmen beschlossen hat. Die US-Regierung hat allerdings nicht einmal den Versuch gemacht, eine solche Rechtfertigung für die Raketenangriffe auf Pakistan zu präsentieren.

Interessant ist aber die Parallele zum 2001 begonnenen Afghanistan-Krieg: Bekanntermaßen wurde und wird der OEF-Einsatz mit dem Selbstverteidigungsrecht der USA wegen des 11. Septembers begründet. Die Taliban duldeten bis 2001 Al-Qaida-Ausbildungslager („Terror-Camps“) und wurden daraufhin mit Krieg überzogen. Die gleiche Logik würde Bomben auf Pakistan, eine Besetzung mindestens Wasiristans und einen Regime-Change in Islamabad nahe legen – zumal der pakistanische Geheimdienst die Taliban aktiv unterstützt.

Dass die Taliban sich in den halbautonomen Stammesgebieten im Nordwesten Pakistans so gut zu Hause fühlen, hat erstens damit zu tun, dass die koloniale Grenzziehung sich nicht an ethnischen Logiken orientierte; entsprechend ignorieren die betroffenen Ethnien die Grenze. Der langjährige pakistanische Außenminister, Kasuri, sprach in einem Interview mit der FAZ von „täglich 30 000 Grenzgängern, viele Paschtunen ohne Papiere, mit Bärten zum Verwechseln ähnlich mit ihren pakistanischen Stammesbrüdern.“^{xliii} Afghanistan hat die von den britischen Kolonialherren veranlasste Grenzziehung gegenüber Pakistan bis heute nicht anerkannt. Zweitens wurde von Wasiristan, Belutschistan und den anderen pakistanischen Stammesgebieten aus während des sowjetischen Afghanistan-Krieges der Widerstand organisiert. Man ist also auf vertrautem Territorium.

Die pakistanischen Vorschläge, die Grenze zu verminen oder einen Grenzzaun zu errichten, fanden übrigens bisher in den NATO-Hauptstädten keinen Anklang.

Inzwischen geht von den Taliban sogar eine ernsthafte Gefährdung für den pakistanischen Staat aus. Um die Hauptstadt der Nordwestprovinz, Peshawar, haben die Taliban einen Ring gezogen; im Juni standen sie laut Aussagen der örtlichen Polizeichefs „an der Peripherie“: „Wenn nichts unternommen werde, sei es ,noch eine Frage von Monaten, bis Peshawar fällt.“^{xliiv}

Die Entwicklungen in Pakistan wirken sich auch auf das Kriegsgeschehen in Afghanistan aus, denn tendenziell bedroht der talibanische Vormarsch auch die Nachschubwege der NATO, namentlich in der an Peshawar angrenzenden ‚Khyber Agency‘, durch die der wichtigste Pass nach Afghanistan verläuft.^{xlv} Die Entwicklung dürfte die NATO nicht überraschen, denn die Taliban hatten im März 2008 angekündigt, sich auf diesen neuralgischen Punkt konzentrieren zu wollen^{xlvi}. Für die Taliban ist der Krieg in Afghanistan und Pakistan gewissermaßen *ein* Krieg. Auch für USA und NATO verschwimmen die Grenzen zunehmend: Immer häufiger werden Aufständische auf pakistanische Gebiet verfolgt und pakistanisches Territorium beschossen. Gelegentlich werden auch die Falschen getroffen, wie bei einem US-Luftangriff auf einen pakistanischen Militärposten am 10. Juni 2008; 11 pakistanische Soldaten kamen ums Leben^{xlvii}.

Frage 14 : Welche Konsequenzen hätte eine deutsche Ablehnung von OEF?

Fände sich 2008 im Bundestag tatsächlich keine Mehrheit mehr für eine Fortsetzung des deutschen Beitrages zu OEF, wäre das politisch nicht unbedeutend. Auch der GRÜNE MdB W. Nachtwei ist sich der Konsequenzen bewusst: „Die (Nicht-)Beteiligung an OEF hat deshalb eventuell transatlantische, nicht aber bündnispolitische Implikationen.“^{xlviii} Ein deutscher Ausstieg aus OEF wäre allerdings nur ein politisches Signal ohne militärische Substanz. Denn im Rahmen von OEF sind in Afghanistan lediglich zeitweise Kommando Spezialkräfte (KSK) eingesetzt worden, seit 2005 ist offiziell kein einziger deutscher Soldat mehr unter OEF-Flagge in Afghanistan stationiert^{xlix}. Da kein Soldat und kein Gerät abgezogen würde, könnte OEF militärisch ohne Einschränkung weitermachen, für die ISAF-Mission würde sich ohnehin nichts ändern. Dennoch hätte das politische Signal einen Wert, weil Deutschland einen politischen Strategiewechsel vornehmen und einen Konflikt mit den USA beginnen würde. Das würde die Diskussion in anderen NATO-Ländern anheizen. Es sei daran erinnert, dass das Thema in Italien bereits eine Regierungskrise ausgelöst hat(te). Auch in Frankreich hat sich die Debatte verschärft. Weitere Länder könnten deswegen dem deutschen Beispiel folgen, so dass dieser einen Domino-Effekt auslöste. Im Ergebnis würde die US-amerikanische Koalition der Willigen zu einer Potemkinschen Koalition degradiert.

Vor diesem Hintergrund ist der GRÜNE Positionswechsel in Sachen OEF richtig und unterstützenswert.

Das Problem ist jedoch, dass die Ablehnung von OEF auch bei den GRÜNEN nicht so konsequent ist, wie es auf ersten Blick scheint.

Zum Sonderparteitag 2007 hatten sich zahlreiche Europa- und Bundestagsabgeordnete zu Wort gemeldet, die OEF in ISAF integrieren möchten: „Notwendig ist die Zusammenfassung der bisher getrennten militärischen Missionen in einem einzigen kohärenten Mandat für die International Security Assistance Force (ISAF).“ⁱ Genau das hatten die USA 2005 versucht, waren allerdings bei der damaligen deutschen Regierung (Rot-Grün) auf Widerstand gestoßen. Die GRÜNEN MandatsträgerInnen schließen sich damit der Position von Guttenberg (CDU/CSU) und Klose (SPD) an, die am 29.06.2007 entsprechend vorgeprescht waren und verlangten, „dass sich Deutschland ... militärisch auf Isaf konzentriert und auch seine bisher für OEF angezeigten Spezialkräfte in den Dienst von Isaf stellt“ⁱⁱ. Der personelle Effekt wäre, dass das deutsche ISAF-Kontingent um weitere 100 Soldaten aufgestockt würde.

Frage 15:

Abgesehen von der Ablehnung von OEF: Worin unterscheidet sich die GRÜNE Afghanistan-Politik eigentlich von der der Bundesregierung?

Das am 5. September 2007 vom Bundeskabinett beschlossene Afghanistan-Konzept setzt die gleichen Akzente wie die diversen GRÜNEN Beschlüsse und Erklärungen, die von der Bundesregierung einen Strategiewechsel einfordern: „Für die Bundesregierung bleiben weiterhin der zivile Wiederaufbau und die Entwicklung im Zentrum ihres Engagements.“ Die Militärpräsenz „kann dann beendet werden, wenn der Aufbau von afghanischer Polizei und Armee so weit vorangeschritten ist, dass die afghanische Regierung selbst für ein sicheres Umfeld sorgen kann, das Wiederaufbau und nachhaltige Entwicklung erlaubt.“ⁱⁱⁱ Auf ihrem Göttinger Sonderparteitag beschlossen die GRÜNEN 2007: „So lange zum Aufbau von Polizei und Infrastrukturen noch eine militärische Absicherung erforderlich ist und so lange diese nicht vom afghanischen Militär bzw. der afghanischen Polizei gewährleistet werden kann, so lange ist der Abzug der deutscher Bundeswehreinheiten nicht vertretbar.“ⁱⁱⁱⁱ

Die Bundesregierung erhöhte gemäß ihres Konzeptes die Mittel für den zivilen Aufbau für 2008 von 100 Mio. € auf 125 Mio. €. Das ist erheblich mehr, als die rotgrüne Regierung in diesen Bereich investierte. Es ist also keineswegs so, dass nach dem Regierungswechsel 2005 hier Mittel gekürzt worden wären. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich etwas übertrieben, wenn man Konzepte, die den ISAF-Einsatz fortsetzen wollen, als „Strategiewechsel“ anbietet.

Da die Große Koalition in Kontinuität der rot-grünen Außenpolitik steht, ist nicht verwunderlich, dass die Unterschiede nicht so groß sind. Auch OEF wurde bis Herbst 2006 von den GRÜNEN unterstützt, schließlich hatten die GRÜNEN diesen Einsatz 2001 selbst mit auf den Weg gebracht. Noch im Jahre 2005 verteidigte Winni Nachwei im Bundestag eine Verlängerung des OEF Mandats, denn die Konsequenz eines Endes des Bundestagsmandats für OEF sei „ganz eindeutig und klar: volle *Bewegungs und Anschlagsfreiheit für die Taliban- und andere Terrorgruppen und Zerstörung des UN-mandatierten Stabilisierungsprozesses, schon schwierig genug ist. (..) Ohne Enduring Freedom keine ISAF, Stabilisierungschance für Afghanistan.*“^{liv}

2007 sah Winni Nachtwei in dem Einsatz der OEF "ein Nachwuchsförderprogramm für die Taliban"^{lv} Vielleicht sagen die GRÜNEN das demnächst auch über den ISAF-Einsatz der NATO und lehnen auch diesen ab. Das wäre ein echter Strategiewechsel.

Frage 16:

Wenn Deutschland seine Truppen abzieht, verliert man dann nicht positive Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des Militäreinsatzes in Afghanistan?

Die Taktik „dabei sein, um positiv zu verändern“ ist jetzt 7 Jahre lang erfolglos versucht worden, denn sonst würden heute die GRÜNEN nicht nach einem „Strategiewechsel“ rufen. Warum sollte die Taktik

in Zukunft besser funktionieren? Es ist schlauer, die Taktik zu wechseln und im ersten Schritt die eigenen Truppen abzuziehen. Dieses Signal könnte bei anderen NATO-Partnern auf fruchtbaren Boden treffen, denn auch in anderen Ländern wie Italien, Frankreich oder den Niederlanden ist der Afghanistan-Krieg umstritten. Auch dort sind die Mehrheiten der Bevölkerung gegen den Einsatz der eigenen Truppen.

Frage 17:

Welche Legitimation hat die Karsai-Regierung? Einerseits wird er immer wieder als „Bürgermeister von Kabul“ verspottet, andererseits ist er doch der gewählte Präsident von Afghanistan!

Die Afghanistan-Expertin von SWP, Citha Maaß, schrieb im Februar 2007:

„Die Regierung wird sich mittels Wahlen formal durch die Wähler legitimieren lassen. Dort ist kaum zu erwarten, dass diesen Wahlen das internationale Gütesiegel ‚frei und fair‘ verliehen wird. Schon in den bisherigen Wahlgängen hatte die internationale Gemeinschaft davon abgesehen, international geltende demokratische Standards anzulegen.“ Sie verweist exemplarisch auf die Bewertung der EU-Wahlbeobachtungskommission von 2005, die auf „Unregelmäßigkeiten und Betrug“ hinwies.^{lvi}

Der in Deutschland lebende afghanische Politologe Baraki kritisiert, dass Karsai selbst in Kabul nicht die Macht hat, denn dort entschieden die US-Berater: „Als es vor zwei Jahren mit Ismail Kahn, dem Gouverneur von Herat, Probleme gab, weil der nicht genügend Steuergelder nach Kabul überwies, wurde der Unbotmäßige nicht von Karzai, sondern von US-Botschafter Khalizad aus seinem Amt entlassen. Eine öffentliche Blamage für Karzai, weil Khalizad vor der internationalen Presse erklärte: ‚Dies ist zwar Aufgabe des Präsidenten, doch habe ich Ismail Khan gefeuert.‘“^{lvii}

Malalai Dschoja, Mitglied des afghanischen Parlaments und engagierte Frauenrechtlerin hat die Regierung Karsai so beschrieben: „Die afghanische Regierung ist die korrupteste und unpopulärste der Welt. In einer Umfrage von Integrity Watch Afghanistan vom März 2007 zeigte sich, dass über 60 Prozent der Afghanen denken, dass die derzeitige Regierung korrupter ist als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte.“^{lviii}

Im Westen ist man mit Karsai nicht unumschränkt zufrieden und überlegt deswegen stärkere koloniale Einflussnahme: „Der Westen muss auf eine Stärkung der Provinzgouverneure dringen und darauf, dass diese Posten mit integren Politikern besetzt werden. Und er könnte diejenigen, die er für fähig und integer hält, noch stärker fördern, ihnen notfalls an der Zentralregierung vorbei Geld in die Hand geben.“^{lix}

Frage 18:

Vielfach wird der Einfluss der Taliban im Süden und Osten Afghanistans darauf zurückgeführt, dass die Menschen dort wenig bis keine westliche Hilfe erhalten. Aus wirtschaftlicher Not komme es dort zu einem verstärkten Opiumanbau. Deshalb müsse ISAF militärisch in diesen Landesteilen intervenieren um Hilfeleistungen ermöglichen. Ist das richtig?

Entgegen einem vielfach vermittelten Eindruck ist der Süden und Osten Afghanistans nicht ärmer als der Norden. Das Gegenteil ist richtig: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Bauernfamilien im Norden Afghanistans ist deutlich niedriger, als im Süden. Dies ergibt sich aus einer Studie der Vereinten Nationen^{lx}. Bauern, die kein Opium anbauen, erzielen im Norden pro Jahr ein Einkommen von 1851 US\$, im Süden von 2480 US\$. Mit Opium erzielen Bauern im Norden ein Einkommen von 2690 US\$ im Süden sind es 3316 US\$. Das ist etwa das Dreifache Einkommen eines Bauern im Nordosten Afghanistans, der kein Opium anbaut. Der von den Taliban beherrschte Süden Afghanistans ist also der relativ wohlhabendere Teil des Landes. In der Süd-Provinz Helmand sind 80% der Bauern an der Opiumproduktion beteiligt, die 35 % ihres Einkommens ausmacht.

Frage 19:

Wie ist eigentlich die Zusammenarbeit von Militär und Hilfsorganisationen in Afghanistan organisiert?

Das in Afghanistan heute angewendete und von vielen SpitzenpolitikerInnen hochgelobte Konzept der „zivil-militärischen Kooperation“ ist bereits Mitte der 90er Jahre von der NATO als „Friedensunterstützung“ (peace support operations) eingeführt worden. Darin werden hinsichtlich der zivilen Bereiche zwei Grundsätze betont:

1. Einheit des Kommandos: Der Truppenkommandeur muss verantwortlich für alle Aspekte der Mission sein, d.h. er muß nicht nur das Oberkommando über alle operierenden militärischen Verbände haben, sondern ihm müssen auch Polizei oder andere zivile Stellen untergeordnet sein.
2. Militärisch-zivile Koordination: Friedensunterstützungsoperationen bestehen üblicherweise aus militärischen und zivilen Komponenten. Aktivitäten der UN Polizei, von Wahlbeobachtern, Menschenrechtsbeobachtern oder humanitären Hilfsorganisationen müssen auf die militärischen Operationen abgestimmt sein.^{lxi}

Diese Unterordnung des zivilen Sektors unters Militär ist weder naturgegeben, noch Voraussetzung für den Erfolg von ziviler Aufbauarbeit oder Hilfsmaßnahmen. Die steigende Zahl von Opfern aus dem Bereich ziviler Hilfsorganisationen zeigen, dass diese nicht mehr als „neutrale“, „selbstlose“ HelferInnen, sondern als Anhängsel der militärischen Besatzungstruppen wahrgenommen werden.

Frage 20:

Muss nicht die Bundeswehr in Afghanistan bleiben, um für die Hilfsorganisationen und zivilen Projekte ein sicheres Umfeld zu schaffen?

Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürften des militärischen Schutzes, greift nicht. Erstens ist das ISAF-Militär überhaupt nicht in der Lage, die zivilen Helfer zu schützen. Zweitens halten die Afghanen Helfer unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. NGOs und Entwicklungshelfer sehen sich deshalb durch Militär eher gefährdet als gefördert. Viele Hilfsorganisationen wollen mit NATO und Bundeswehr lieber nicht soviel zu tun haben.

Die Ärzte ohne Grenzen haben sich bereits 2004 nach dem Mord an 5 ihrer Mitarbeiter nach aus Afghanistan zurückgezogen. Zuvor waren sie 24 Jahre (!) im Land präsent. In ihrer Presseerklärung betonen sie: *„Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. Ärzte ohne Grenzen zufolge missbrauchen die Koalitionstreitkräfte die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die "hearts and minds" der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“*^{lxii}

Beispielsweise erklärt der Landeskoordinator der Malteser International, Wolfgang Herdt: *„Wir betonen, dass unsere Mittel aus Deutschland kommen.“* Gleichzeitig grenzt er sich allerdings ab: *„Dies sei aber nur in Gebieten sinnvoll, in denen keine deutschen Soldaten aktiv seien.“* (!!!) Entsprechend berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung: *„Unabhängigkeit vom Militär ist nach Ansicht vieler Helfer, die in ländlichen Gebieten arbeiten, eine Voraussetzung für ihre Sicherheit. So gibt es Berichte, wonach ihre Mitarbeiter von Rebellen nach Unterlagen durchsucht wurden, die auf eine Kooperation mit dem Militär hinweisen.“* (Zitate Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.8.2007)

Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, H.-J. Preuß, beklagte bereits 2005, dass die Bundeswehr Fahrzeuge verwenden würde, die denen seiner Organisation zum Verwechseln ähnlich seien: *„Unsere Sicherheit hängt davon ab, dass wir vom Militär unterschieden werden können. Aber so werden wir zum potentiellen Angriffsziel...“* (www.tagesspiegel.de/politik/International;art123,1785336) 2007 wurden bereits zwei Mitarbeiter der Organisation getötet. Preuß konstatierte: *„Die Bevölkerung und bewaffnete Kräfte können nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden, Hilfsorganisationen geraten ins Fadenkreuz.“* (www.welthungerhilfe.de/trennung_militaer.html)

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie gibt in einem Afghanistan-Flugblatt folgenden Hinweis: *„Die deutschen ISAF-SoldatInnen haben zu etwa 80% keine Berührung mit der Bevölkerung und lernen das Land nicht kennen. Nach einer Untersuchung von Sozialwissenschaftlern der Bundeswehr halten sich diese zu etwa 80% während ihrer 4- bis 6-monatigen Dienstzeit nur in den Lagern der Bundeswehr auf und sichern dort ihre eigene Sicherheit. Afghanistan erleben sie nur auf dem Weg*

vom Flugplatz in ihr Lager und wieder zurück. Nur 10% der SoldatInnen gehen auf Streife. Für einen Weg aus der Sackgasse und zu einer friedlichen Entwicklung ist also von ihnen nichts zu erwarten.“

Rupert Neudeck, Leiter der Hilfsorganisation „Grünhelme“, beschreibt diese Problematik im Deutschlandradio vom 16.8.07 so: *„Ich kenne deutsche Bundeswehrsoldaten, die als Reservisten nach Afghanistan gegangen sind, die nach vier Monaten zurückkommen und nicht einen Afghanen in freier Wildbahn, also auf der Straße, je getroffen haben, weil sie immer in der Kaserne sind... Ich glaube, der normale deutsche Zuhörer und Zuschauer geht davon aus, dass wir überall da, wo wir als Hilfsorganisation tätig sind, irgendwie von Bewaffneten begleitet sind. Das ist ein völliger Unfug. Wir sind überhaupt nicht begleitet von Bewaffneten. Wir haben in der Provinz Herat - das ist im Westen Afghanistans - eine riesengroße italienische ISAF-Truppe, über 2.000 Leute. Die sitzen völlig verbarrikadiert in einer riesengroßen Kaserne, in einer Festung, in die niemand hinein kommen kann, aus der die auch gar nicht heraus kommen. Das heißt, in die Dörfer, wo wir die Schulen bauen, kommen die niemals hin. Das muss man einfach wissen.“*

Der flächendeckende „Schutz der Mädchenschulen“ ist also mit dem gegenwärtigen in Afghanistan eingesetzten Militär gar nicht möglich. Eine flächendeckende Präsenz setzt eine erhebliche Ausweitung der NATO Truppen voraus (siehe Frage 8).

Frage 21:

Was geschieht, wenn sich die Bundeswehr und die NATO in den nächsten Monaten aus Afghanistan zurückziehen? Was ist dran an den Argumenten, dass dann in Afghanistan das Chaos ausbricht, die Taliban wieder die Macht übernehmen und wir damit die Afghanen im Stich lassen? Wäre ein Abzug nicht ein Verrat an den mit uns verbündeten Afghanen?

Der Abzug der Bundeswehr hätte voraussichtlich mehrere Konsequenzen. Zunächst würde sich das politische Gewicht Deutschlands in der Region verringern. Deutschland ist einer der größten Truppensteller im Rahmen von ISAF und leitet aus diesem Umstand seinen Anspruch auf Mitsprache ab. Ferner unterhält Deutschland in ...Usbekistan einen Militärstützpunkt, der gleichfalls aufzugeben wäre.

Der Abzug Deutschlands wäre darüber hinaus von einer erheblichen internationalen Signalwirkung. Auch in anderen Staaten würden diejenigen politischen Kräfte Auftrieb erhalten, die das militärische Engagement „ihres Staates“ ablehnen. In Italien, das 1900 ISAF Soldaten stellt, kam es im Januar diesen Jahres zu einer Regierungskrise, weil die an der Regierung beteiligten Grünen eine „Exitstrategie“ forderten.^{lxiii} Die Grünen in Italien haben den Einsatz regelmäßig im Parlament abgelehnt. Auch in Frankreich fordert die Mehrheit der Bevölkerung (55%) den Abzug der Truppen aus Afghanistan^{lxiv}.

Der Abzug hat natürlich auch Auswirkungen auf den Konflikt in Afghanistan. Wir sollten aber nicht die Augen davor verschließen, dass schon jetzt in Afghanistan Bürgerkrieg herrscht. Auf der einen Seite stehen die Verbündeten der NATO, insbesondere die Mudschahedin der ehemaligen „Nordallianz“ und die Regierung Karsai, auf der anderen Seite die Taliban und andere Gruppen. Die Anschläge der Aufständischen richten sich nicht nur gegen die ausländischen Truppen, die als Besatzer wahrgenommen werden, sondern auch gegen das Karsai-Militär und die Karsai-Polizei. Auch gibt es erhebliche Differenzen zwischen den verschiedenen - mit der NATO verbündeten – Warlords der „Nordallianz“. Sogar deutsche Medien beschreiben dies als „Irakisierung“.

Deswegen ist die Alternative bzw. das Dilemma, ob der Bürgerkrieg mit oder ohne NATO-Beteiligung stattfindet. Dass internationale Truppen den Sieg für eine bevorzugte Seite herbeiführen können, haben die Sowjets in den 80er Jahren auch angenommen. Sie sind gescheitert. Der militärischen Allmachtsphantasie, den Konflikt mit militärischen Mitteln lösen zu können, sollten wir nicht erliegen. Eine Allmachtsfantasie, die bereits der militärischen Intervention der USA 2001 zu Grunde lag. Ein paar „Steinzeit-Islamisten“ von den Taliban verjagen – und schon kehrt Frieden ein, so die damalige Kalkulation. Nicht gestellt hat man sich beispielsweise die Frage, wie es den Taliban gelingen konnte die Mudschahedin beinahe zu besiegen. Es ist eine unzulässige Vereinfachung, dies allein ausländischen Geheimdiensten wie etwa dem Pakistans, der die Taliban unterstützt hat, zuzuschreiben und innerafghanische Ursachen völlig außer Betracht zu lassen. Heute zeigt sich in der Stärke des Aufstandes, dass man es sich mit der schlichten Trennung: hier das friedliebende afghanische Volk, das die NATO freudig begrüßt, dort die terroristischen Taliban etwas leicht gemacht hat.

Viele GRÜNE gehen davon aus, dass die westlichen Truppen in Afghanistan Teil der Lösung sind. Der Beweis dafür steht jedoch aus. In den letzten Jahren wurde lediglich die Dosis erhöht: Die Zahl der Truppen wurde seit 2002 verfünffacht, gleichzeitig intensivierte sich der Aufstand.

Mit dem Abzug der Truppen ist natürlich nicht jedes Problem in Afghanistan gelöst. Aber es wäre ein Anfang. Denn wir gehen davon aus, dass die westlichen Truppen (OEF und ISAF!) Teil des Problems und nicht der Lösung sind. Deswegen gelingt eine politische Lösung eher, wenn die Truppen (kurzfristig, nicht erst in 10 Jahren) abziehen. Die Vorstellung, dass die westlichen Truppen (inklusive der Bundeswehr) quasi „neutrale Peacekeeping-Verbände“ bzw. „zu Gast bei Freunden“ seien, entbehrt jeder Realität. Sie sind Partei. Es ist andersherum militärische Allmachtsfantasie zu glauben, dass der Abzug von Militär automatisch eine Verschlechterung der Situation herbeiführen würde. Warum sollte das so sein? Die Hilfsorganisationen könnten z.B. besser Hilfe leisten, wenn ihre weißen Fahrzeuge nicht mehr mit ähnlich ausgestatteten Militärfahrzeugen verwechselt werden könnten.

Frage 22

Wie steht Russland eigentlich zu dem Afghanistan-Krieg der NATO?

Russland hat den Afghanistan-Krieg von USA und NATO von Anfang an unterstützt, nicht nur bei den Resolutionen im Sicherheitsrat, die der ISAF einen völkerrechtlichen Rahmen gaben.

Präsident Putin sicherte den USA am 24. September 2001 folgende Unterstützungsleistungen zu:

„Was die sich in Planung befindliche Antiterroroperation in Afghanistan betrifft, so formulieren wir unsere Position wie folgt.

Erstens ist das eine aktive internationale Kooperation der Geheimdienste. Russland stellt die bei uns vorhandene Information über die Infrastruktur, Aufenthaltsorte internationaler Terroristen und Trainingslager der Kämpfer zur Verfügung und will es auch weiterhin tun.

Zweitens. Wir sind bereit, den Luftraum der Russischen Föderation für den Durchflug von Flugzeugen mit humanitären Gütern an Bord zum Durchführungsort der Antiterroroperation zugänglich zu machen.

Drittens. Wir haben diese Position mit unseren Verbündeten aus der Reihe der mittelasiatischen Staaten abgestimmt. Sie teilen diese Position und schließen für sich die Möglichkeit nicht aus, ihre Flugplätze zur Verfügung zu stellen.

Viertens. Russland ist auch bereit, falls es notwendig sein wird, sich an den internationalen Such- und Rettungsoperationen zu beteiligen.

Fünftens. Wir werden die Kooperation mit der international anerkannten Regierung Afghanistans mit dem Herrn Rabbani an der Spitze erweitern und ihren Streitkräften eine zusätzliche Hilfe in Form von Waffen- und Kampftechniklieferungen erweisen.“^{ixv}

Entsprechend konnten für OEF Stützpunkte in Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan genutzt werden. Die afghanische Nordallianz, die seit dem Abzug der sowjetischen Truppen jahrelang Militärhilfe aus der Sowjetunion und später aus Russland erhielt und dadurch den Taliban die Eroberung des nördlichen Teils von Afghanistan verwehrte, wurde selbstverständlich weiter mit Waffen unterstützt. Als die US-Luftangriffe auf Afghanistan im Oktober 2001 begannen, lieferte Russland der Nordallianz kurzfristig Militärausrüstung im Wert von 45 Millionen US-\$.^{ixvi} Mit Hilfe dieser afghanischen Oppositionstruppen konnten die USA mit ihren internationalen Verbündeten in wenigen Monaten die Taliban stürzen und in den Untergrund zwingen bzw. nach Pakistan vertreiben.

Das Verhalten Russlands im Herbst 2001 bedeutete keinen Politikwechsel: Russland hatte nach dem Abzug der sowjetischen Truppen jahrelang die Nordallianz mit Militärhilfe unterstützt. 1998 war es Russland zeitweise gelungen, die USA und andere Staaten gegen die afghanische Taliban-Regierung in Stellung zu bringen. Nach den Terroranschlägen auf die US-Botschaften in Dar es Salam und Nairobi griff die US-Luftwaffe im August 1998 Ausbildungslager in Afghanistan mit Cruise Missiles an. Da gleichzeitig die Taliban die Nordallianz erfolgreich militärisch zurückdrängten, beschloss der UN-

Sicherheitsrat am 29.08.1998 eine Resolution, die sowohl die Militäroffensive der Taliban als „ernsthafte und wachsende Bedrohung für den regionalen und internationalen Frieden und die Sicherheit“ charakterisierte, als die Forderung erhob, „die Beherbergung und das Training von Terroristen und deren Organisationen zu unterlassen“^{lxvii}. 1999 bewegten sich die USA „in der Afghanistan-Frage auf Russland zu. Karl Inderfurth, Sondergesandter des Außenministeriums für Südasiens, reist nach Moskau. Ganz offensichtlich unterscheiden sich die Positionen von Russen und Amerikanern kaum“, urteilt der französische Journalist Abramovici und zitiert Inderfurth mit den Worten: „Afghanistan, und darin liegt eine gewisse Ironie, ist ein Teil der Welt, in dem Russen und Amerikaner zusammen zu einer Lösung gelangen könnten.“^{lxviii} Dennoch dauerte es noch bis September 2001, bis die NATO-Staaten die russische Position zu Afghanistan konsequent übernahmen. Nachdem afghanische Bündnispartner des Westens aus den 80er Jahren inzwischen tödliche Gegner geworden sind, ziehen Russland und die NATO in Afghanistan an einem Strang.

Vor dem Hintergrund des sowjetischen Afghanistankrieges beschränkt sich Russland jedoch auf Unterstützungsleistungen und beteiligt sich nicht mit eigenen Truppen, sondern überlässt „der ISAF das schwierige Terrain“^{lxix}, also der NATO die Drecksarbeit. Im Grunde führt also die NATO in Afghanistan den Krieg für Russland mit.

2003 schlossen Deutschland und Russland ein Transitabkommen über deutsche Militärtransporte durch Russland. Das Hamburger Abendblatt titelte „Bundeswehr rollt durch Russland“ und beschrieb den Vorgang so: „Ein derartiges Abkommen hat Russland noch nie zuvor mit einem NATO-Staat unterzeichnet... Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, das Abkommen sei ein Beispiel für die praktische Zusammenarbeit mit der NATO. Es ist für die Bundeswehr vor allem wegen der geplanten Ausweitung ihres Afghanistan-Einsatzes auf die Region Kundus im Norden des Landes wichtig... Die deutsche Armee kann künftig also Truppen, Waffen und Gerät quer durch Russland nach Afghanistan bringen.“

Das Interesse Russlands an einem Sieg der NATO im Afghanistan-Krieg und an der Stützung der afghanischen Karsai-Regierung war auch beim Bukarester NATO-Gipfel 2008 ungebrochen. Der NATO-Russland-Rat „war sich darin einig, dass der Erfolg der internationalen Bemühungen um die Unterstützung der Anstrengungen der afghanischen Regierung zur Förderung von Frieden und Stabilität in und um Afghanistan von größter Bedeutung ist. Hierfür wurde ein Mechanismus definiert, der den Transit von Waren für die ISAF auf dem Landweg durch russisches Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit der Resolution 1386 des VN-Sicherheitsrats erleichtert.“^{lxx}

Selbst nachdem die NATO wegen der Differenzen um den Südossetien-Krieg im August 2008 den NATO-Russland-Rat auf Eis gelegt hat und Russland die militärische Zusammenarbeit mit der NATO erst einmal stornierte, gibt es einen Bereich, in dem weiter an einem Strang gezogen wird: Der Afghanistan-Krieg. Die dpa zitierte am 22.8.08 russische Militärs. Danach stehe die Afghanistan-Kooperation derzeit nicht zur Diskussion: „Uns käme eine Niederlage der Nato in Afghanistan nicht gelegen.“^{lxxi}

Frage 23:

Im Bundestag gab es bisher immer klare Mehrheiten für die Afghanistan-Militäreinsätze. Inwieweit spiegelt das Parlament wider, was die Bevölkerung denkt?

In der Bevölkerung gibt es seit Jahren keine Mehrheit für den Afghanistan-Krieg. Je nach Fragestellung lehnen in den Umfragen bis zu 2/3 der Deutschen diesen Krieg ab und wünschen ein Ende des Einsatzes.

Solange die Mehrheit nur diese Meinung hat, aber sich nicht gegen den Krieg engagiert, ist es natürlich leicht für Regierung und Parlament die Mehrheiten in der Bevölkerung zu ignorieren.

Frage 24:

Die Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE lehnen mehrheitlich bisher einen kurzfristigen Abzug der Bundeswehr ab. Wie lange soll die Bundeswehr noch in Afghanistan bleiben?

Als Voraussetzung für den Abzug wird üblicherweise die endgültige Niederschlagung der Taliban, also der militärische Sieg genannt. Zumindest müsse die Karsai-Regierung in die Lage sein, alleine gegen die innerafghanischen Gegner militärisch zu bestehen. Zwar glaubt der für den Aufbau der afghanischen Armee zuständige US-amerikanische General Robert W. Cone, dass die afghanischen Bodenstreitkräfte „schon im März 2009 ihre geplante Gesamtstärke von 82 000 Soldaten... erreicht haben wird.“ Allerdings: „Bis die Luftwaffe aufgebaut ist, ... werde es noch bis 2013 dauern. Luftunterstützung ist eine wichtige Fähigkeit für eine Armee, die vor allem der Aufstandsbekämpfung dienen soll.“^{lxxii} Legt man diese optimistischen Planungen zugrunde, würden auf jeden Fall bis 2013 NATO-Verbände in Afghanistan stationiert bleiben.

Struck und Beck sprachen 2007 von „noch 10 Jahren“. Andere, wie Willy Wimmer von der CDU, der den Afghanistan-Militäreinsatz ablehnt, befürchteten 40 Jahre. Die GRÜNE MdB Kerstin Müller schätzte 20 Jahre. Der GRÜNE Parteitagsbeschluss vom 15.9.07 bot ein Konzept an, dass die Stationierung der Bundeswehr auf weitere 5 Jahre beinhalten würde.

Nach Auffassung der GRÜNEN Friedensinitiative soll der Abzugstermin im 1. Halbjahr 2009 liegen – nachdem der Krieg in diesem Jahr leider unverändert fortgesetzt wurde.

Frage 25: Besorgt nicht der, der den sofortigen Abzug der Bundeswehr fordert, die populistischen Geschäfte von Lafontaine und der Linkspartei?

Auf die Ablehnung des Afghanistan-Krieges hat die Linkspartei kein Monopol: Die Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen. Auch in den anderen Bundestagsparteien gibt es Gegner des Bundeswehreinsatzes. Willy Wimmer (CDU) und Peter Gauweiler (CSU) sind sogar im Frühjahr vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Wie so häufig zeigt sich, dass die Frage Krieg-Frieden nicht entlang des vertrauten Rechts-Links-Schema einzuordnen ist. Wer den Afghanistan-Krieg beenden will, muss auch mit politischen Kräften zusammen arbeiten, die er bzw. sie nicht so gerne leiden mag oder als Konkurrenten sieht. Die Sache muss im Vordergrund stehen! Das war zur Zeit der Entstehung der GRÜNEN nicht anders: In der Auseinandersetzung um die NATO-„Nach“rüstung Anfang der 80er Jahre arbeiteten die GRÜNEN in der Friedensbewegung mit den unterschiedlichsten Gruppen zusammen.

Frage 26: Der Verteidigungsminister von Rotgrün, Struck (SPD), hat darauf hingewiesen, dass Afghanistan am Hindukusch verteidigt würde. Von den GRÜNEN hört man immer wieder, die Bundeswehr sei in Afghanistan, um den Afghanen zu helfen.

Verteidigungsminister Struck hat mit diesen Worten den Anspruch Deutschlands, Truppen in diese Tausende Kilometer entfernte Region zu entsenden begründet und gerechtfertigt. Denn „Verteidigung“ gilt als gutes Recht eines jeden Staates.

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan hat von Anfang an eine machtpolitische Begründung, auch wenn davon in der PR-Arbeit wenig die Rede ist.

Bei der Beschlussfassung im Bundestag 2001 verknüpfte Bundeskanzler Schröder die Entscheidung mit der Vertrauensfrage, um sich der Unterstützung der Koalitionsfraktionen zu versichern. Weshalb ist die Haltung zu diesem Militäreinsatz von so zentraler politischer Bedeutung?

Der ehemalige GRÜNE Außenminister Joschka Fischer geht bei der Einordnung des deutschen Afghanistan-Engagements über die populistische Strucksche Formel „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ hinaus und ordnet diesen in einen größeren *strategischen Kontext* ein. Er spannt den Bogen von der deutschen Teilnahme am Afghanistan-Krieg über die EU bis zur Weltordnungspolitik: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen.“^{lxxiii}

Für Fischer stellte sich „mit dem Ende des Kalten Krieges die Frage, was auf dessen bipolare Ordnung folgt. In dieser Ordnung von Jalta waren Licht und Schatten entlang einer sehr gefährlichen Grenze klar verteilt. Als 1989 die Mauer fiel und 1990 die Sowjetunion verschwand, verschwand auch

diese Ordnung. Zurück blieben große Fortschritte und Durchbrüche bei der Überwindung lang anhaltender Krisen, die eingebettet waren in den Kalten Krieg^{lxxiv}.“

Daraus ergab sich für ihn die Notwendigkeit, beim Aufbau einer neuen internationalen Ordnung mitzuwirken. Dieses Engagement verstand er selbstredend als „Friedenspolitik“:

“Wir reden hier über nichts Geringeres als über den Entwurf einer Friedenspolitik im 21. Jahrhundert. Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges bedeutet Friedenspolitik in der einen Welt im 21. Jahrhundert internationale Ordnungspolitik im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das heißt, es geht darum, eine Weltordnung zu schaffen, die Zonen der Ordnungslosigkeit oder gar, wie es in weiten Teilen der Fall ist, des völligen politischen Ordnungsverlustes nicht mehr zulässt.

(...)

Eine Weltordnung schaffen, die allen Völkern die Perspektive voller Teilhabe ermöglicht, das klingt zwar sehr ambitioniert, ist aber nur die Konsequenz aus einem erfolgreichen Kampf gegen den Terrorismus. Lassen Sie mich hier unterstreichen: Multilateralismus und nicht Unilateralismus wird die Welt im 21. Jahrhundert zu bestimmen haben. Auch das ist eine wichtige Konsequenz dessen, was wir erlebt haben.

(...)

Er bedeutet vor allen Dingen auch, dass wir bei der europäischen Integration vorankommen müssen. Wenn wir getrennt bleiben, werden die Europäer in der neuen Weltordnung marginalisiert.“^{lxxv}

Es bedarf wohl keines großen Rätsels, durch wen den „Europäern“ die Marginalisierung droht, wer „Unilateralismus“ statt „Multilateralismus“ verfolgt. Wieder sei Joschka Fischer zitiert: *„Die Frage ist nun: Was wird aus den Europäern, angesichts der dominanten Rolle der USA? Werden sie zueinander finden? Werden sie also ihr Schicksal selbst bestimmen können, oder werden sie nur nachvollziehen müssen, was anderswo vorgegeben wird?“^{lxxvi}*

Der Marginalisierung zu entgehen, wenn die USA unilateral die Welt neu ordnen, dies war eines der wesentlichen und offen ausgesprochenen Motive Deutschlands bei der Unterstützung des Afghanistan-Krieges. Deshalb musste und muss nach dem Motto: *„das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens“^{lxxvii}* Deutschland dabei sein.

Nachdem sich Deutschland zum militärischen Mitmachen in Afghanistan entschieden hatte, konstatierte Fischer im Dezember 2001:

“Mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und vor allen Dingen jetzt, nach dem 11. September dieses Jahres, nach den furchtbaren Verbrechen in New York und in Washington, werden langsam die Umriss der internationalen Ordnung des 21. Jahrhunderts und die Gewichte verteilt sichtbar“^{lxxviii}

Deutschland hatte sein Gewicht bzw. seine Truppen in die Waagschale geworfen.

Insofern ist das militärische Afghanistan-Engagement Deutschlands keineswegs selbstlos und von blankem Humanismus geprägt. Denn die Bündnisdimension war und ist seit vielen Jahren (schon vor Fischers Amtszeit) für die Machtentfaltung deutscher Politik zentral. Ein Zitat aus dem Jahre 1992 mag dies belegen:

„Wenn die internationale Rechtsordnung gebrochen wird oder der Frieden gefährdet ist, muss Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können.“^{lxxix}

Der Friedensforscher und Afghanistan-Experte Conrad Schetter spitzt diesen Aspekt im aktuellen Friedensgutachten 2007 so zu: *„Dass der Stellenwert des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan höher ist als bei den vorangegangenen in Somalia oder auf dem Balkan, liegt vor allem an den deutschen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Als Voraussetzung hierfür gilt die Übernahme größerer sicherheitspolitischer Verantwortung.“^{lxxx}*

Mit analogen Motiven kündigte übrigens die französische Regierung im April 2008 700 zusätzliche Soldaten für den Afghanistan-Krieg an. Damit untermauerte er „seine Ankündigung, dass Frankreich wieder einen seiner Bedeutung angemessenen Platz im Bündnis einnehmen wolle.“^{xlxxxi} – auch wenn der sozialistische Fraktionschef, Ayrault, anzweifelte, „dass Sarkozy sich von dem Truppenbeitrag einen Einflussgewinn in der Nato versprechen dürfe.“^{xlxxxii}

Uli Cremer

Wilhelm Achelpöhler

Hamburg / Münster 25.08.2008

ⁱ Im Juni 2008 stürmten 80 Taliban-Kämpfer das Gefängnis in Kandahar. Siehe z.B. FAZ 16.6.08

ⁱⁱ Formulierung der FAZ vom 21.8.08

ⁱⁱⁱ <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/84006>

^{iv} <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Afghanistan-Isaf;art123,2562636>

^v <http://www.netzeitung.de/politik/ausland/1110717.html>, „Hilfsorganisationen warnen: Rekord bei zivilen Opfern“

^{vi} FAZ 25.8.08, „Karzai leitet Untersuchung ein“

^{vii} FAZ 7.2.2008, „Rice und Miliband für mehr Nato-Präsenz“

^{viii} FAZ 21.8.2008, S.2 „Die Sache ist gerecht“

^{ix} http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_eskalation_ist_keine_loesu.pdf

^x <http://www.freitag.de/2005/46/05460601.php>

^{xi} Resolution 1707 des UN-Sicherheitsrats vom 12.09.2006

^{xii} Stephan Löwenstein: Den Mückenschwarm sortieren, in FAZ 1.8.2008

^{xiii} <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/07/27/barack-obama/plant-deutsche-nach-afghanistan.html>

^{xiv} <http://www.tagesschau.de/inland/awacs112.html>

^{xv} http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/isaf_placemat.pdf

^{xvi} laut Angaben der FAZ 25.8.08, S.5, „Karzai leitet Untersuchung ein“

^{xvii} http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID7019792_TYP6_THE6760856_NAV_REF1_BAB,0,0.html

^{xviii} Reinhard Erös: Mehr Soldaten heißt: Mehr Tote, Gastbeitrag im Tagesspiegel 30.6.2008;

<http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Afghanistan-Isaf;art123,2562636>

^{xix} A. Beer: Positionspapier ‚Verantwortung für die Stabilisierung Afghanistans‘, S.2

^{xx} <http://www.n-tv.de/AfghanistanstattIrakObamaWillTalibanBesiegen/150720081919/994433.html> sowie <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/obama3.html>

^{xxi} <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Joschka-Fischer-Afghanistan;art123,2524468>

^{xxii} „Assimilation of the eastern region will be more a re-flagging of existing coalition forces, though some new contributions may be offered by other nations during the force generation process.“ Das ergibt sich aus dem Einsatzkonzept OPLAN 10302 (Rev.1), der am 04.05.2006 in Kraft trat; Quelle:

<http://www.folketinget.dk/samling/20051/Beslutningsforslag/B64/spm/8/svar/endetligt/20060123/240488.PDF>

^{xxiii} FAZ 25.6.2007

^{xxiv} <http://www.tagesschau.de>

^{xxv} http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID6385802_REF1,00.html

^{xxvi} <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,470232,00.html>

^{xxvii} http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID6758622_REF1,00.html

^{xxviii} http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6717790_REF1_NAV_BAB,00.html

^{xxix} FAZ-Interview „Auch über Panzer nachdenken“, 17.01.2008

^{xxx} Karsai richtet Warnung an Nato, FTD 24.06.2007

^{xxxi} <http://www.kmweg.de/spezial.php?id=20>

^{xxxii} <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/afghanistan/Bundeswehr-Afghanistan;art15872,2457692>

^{xxxiii} <http://www.bundeswehr.de/>

^{xxxiv} Bundestagsdrucksache 15/5996

^{xxxv} FAZ 7.2.2008: „Jung: Einsatz auch in anderen Regionen Afghanistans möglich“

^{xxxvi} Timo Noetzel / Sibylle Scheipers: Flüchten oder Standhalten, in: Internationale Politik September 2007, S.124

^{xxxvii} A. Beer: Positionspapier ‚Verantwortung für die Stabilisierung Afghanistans‘, S.2

^{xxxviii} <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Joschka-Fischer-Afghanistan;art123,2524468>

^{xxxix} http://www.focus.de/politik/ausland/pakistan_aid_69123.html

-
- xl „30 Tote in Pakistan“, FAZ 21.06.2007
- xli Herald Tribune 30.6.2008, „The doomed hunt for Qaeda’s leaders“
- xlii FAZ 16.6.08, „Hunderte Taliban entkommen – Karzai droht Pakistan“
- xliii Wulf Schniese: Das wichtigste Friedensprojekt, in: FAZ 25.8.08
- xliv FAZ 26.6.08, S.1, „Islamisten in Pakistan auf dem Vormarsch“
- xlv Ebenda
- xlvi http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/JC21Df01.html
- xlvii FAZ 12.6.08, S.6, „Elf Pakistaner getötet“
- xlviii Winni Nachtwei, OEF-Exit-Papier, 7.11.2006
- xlix Die Bundeswehr-Soldaten, die außerhalb Afghanistan (Horn von Afrika) tätig sind, haben für das Land keine große Relevanz.
- ¹ Antrag zur Sonder-BDK A-08 Daniel Cohn-Bendit u.a., Z51ff.
- li Karl-Theodor zu Guttenberg und Hans-Ulrich Klose: Ein einziges Mandat für Afghanistan, FAZ 29.06.2007
- lii <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/09/Anlagen/2007-09-05-afg-konzept,property=publicationFile.pdf>
- liii http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_eskalation_ist_keine_loesu.pdf
- liv Plenarprotokoll 16/2 Seite 49
- lv <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,499907,00.html>
- lvi Citha Maaß, SWP Berlin: Afghanistan: Staatsaufbau ohne Staat, Februar 2007
- lvii Gespräch mit Martin Baraki in: FREITAG 24.August 2007
- lviii <http://zmag.de/artikel/die-usa-haben-den-fundamentalismus-nach-afghanistanzuruckgebracht/?searchterm=Malalai%20Dschoja>
- lix Christoph Ehrhardt: Der Patient am Hindukusch, FAZ 10.6.2008
- lx http://www.unodc.org/pdf/research/AFG07_ExSum_web.pdf
- lxi Uli Cremer: Neue NATO – neue Kriege?, Hamburg 1998, S.58f.
- lxii <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/Presse/Pressemitteilungen/2004/Pressemitteilung-2004-07-28.php>
- lxiii <http://www.verdi.it/apps/econews.php?id=12703>;
- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,467902,00.html>
- lxiv CSA-Meinungsumfrage August 2008, zitiert nach: FAZ 23.8.2008
- lxv <http://www.in.mid.ru/bl.nsf/68043f371cd7f3abc3256def0051fa22/15102123051a1d1e43256ad20051ab9b?OpenDocument>
- lxvi <http://www.netzeitung.de/spezial/kampfgegenterror/163165.html>
- lxvii UN-Sicherheitsrat, Resolution 1193 vom 29.08.1998
- lxviii Abramovici, Pierre: Dubiose Kontakte zwischen Washington und den Taliban, in: Le Monde diplomatique, Januar 2002, S.7f
- lxix SWP-Berlin, Hannes Adomeit / Frank Kupferschmidt: Russland und die Nato, März 2008, S.26
- lxx http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/NatoRusslRat__Seite.html
- lxxi zitiert nach: FAZ 22.8.2008, S.2, „Afghanistan-Kooperation vorerst nicht betroffen“
- lxxii FAZ 29.3.2008, S. 10, „Ein ethnischer Ausgleich“
- lxxiii J. Fischer im Bundestag, 8.11.2001 Plenarprotokoll 14-19
- lxxiv J. Fischer, in: Die Zeit 8.5.2003
- lxxv Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 11.10.2001, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/Archiv/2001/011011-FischerDtBundestag.html>
- lxxvi J. Fischer, in: Die Zeit 8.5.2003
- lxxvii Karl Lamers, in: FAZ, 27. August 2001
- lxxviii Joschka Fischer Bundestag Rede 12.12.2001
- lxxix Verteidigungspolitische Richtlinien vom 26.11.1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1993, S.1144
- lxxx Rainer Glassner/Conrad Schetter: Der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans seit 2001: Bundeswehreininsatz und ziviles Engagement, in: Friedensgutachten 2007, Berlin 2007
- lxxxi FAZ 4.4.2008: „Ein hochwillkommenes Hilfsangebot aus Frankreich“
- lxxxii FAZ 2.4.2008: „Heftige Debatte über Afghanistan in Paris“